

Pressemappe
zur
140. Hauptversammlung des Marburger Bundes

Weitere Pressemappen finden Sie hier:

www.marburger-bund.de/pressemappe

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de

Berlin, 5. November 2022

Neuer Vorstand des Marburger Bundes im Amt

140. Hauptversammlung in Berlin wählt neunköpfigen Bundesvorstand

Nach der Wiederwahl der 1. Vorsitzenden Dr. Susanne Johna und des 2. Vorsitzenden Dr. Andreas Botzlar hat die 140. Hauptversammlung des Marburger Bundes auch die übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt. Dem neuen Vorstand gehören vier Frauen an. Die Amtsperiode beträgt vier Jahre.

Als Mitglieder im Bundesvorstand bestätigt wurden: Dr. Hans-Albert Gehle, Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz, Dr. Melanie Rubenbauer-Beyerlein, Landesverband Bayern, PD Dr. Peter Bobbert, Landesverband Berlin/Brandenburg, Prof. Dr. Henrik Herrmann, Landesverband Schleswig-Holstein, Sylvia Ottmüller, Landesverband Baden-Württemberg, und Dr. Sven Dreyer, Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz. Neu in den Bundesvorstand gewählt wurde Dr. Claudia Hellweg, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Dipl.-Med. Sabine Ermer, Landesverband Sachsen, trat nach zwölf Jahren im Bundesvorstand nicht mehr an. Kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand ist Pauline Graichen, Vorsitzende des Sprecherrates der Medizinstudierenden im Marburger Bund.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Berlin, 5. November 2022

Dr. Susanne Johna als 1. Vorsitzende des Marburger Bundes im Amt bestätigt

Internistin aus Hessen für vierjährige Amtszeit gewählt – Auch 2. Vorsitzender Dr. Andreas Botzlar wiedergewählt

Auf der 140. Hauptversammlung des Marburger Bundes in Berlin ist die 1. Vorsitzende des größten deutschen Ärzteverbandes, Dr. Susanne Johna, im Amt bestätigt worden. Die Internistin und Krankenhaushygienikerin erhielt bei ihrer Wahl knapp 98 Prozent der Stimmen der Delegierten (211 von 216 gültigen Stimmen). Nach einer auf der 140. Hauptversammlung beschlossenen Satzungsänderung sind Mitglieder des Bundesvorstandes für die Dauer von vier Jahren gewählt.

Einen Mitbewerber um den Bundesvorsitz gab es nicht. Johna gehört auch dem Vorstand der Bundesärztekammer an. Die 57-jährige arbeitet als Oberärztin für Krankenhaushygiene am St. Josefs-Hospital Rheingau in Rüdesheim.

Bei der anschließenden Wahl des 2. Vorsitzenden des Bundesverbandes kandidierte allein Dr. Andreas Botzlar, der dieses Amt bereits seit 2007 bekleidet. Der 54-jährige Chirurg erhielt bei seiner Wiederwahl 91 Prozent der Stimmen der Delegierten (193 von 212 gültigen Stimmen). Botzlar ist Oberarzt an der Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Murnau und Landesvorsitzender des Marburger Bundes Bayern.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Berlin, 5. November 2022

Ärztliche Personalkosten aus den Fallpauschalen herausnehmen

140. Hauptversammlung des Marburger Bundes: Krankenhausplanung nicht nach Trägerstrukturen ausrichten

Der Marburger Bund fordert die sofortige Herausnahme der ärztlichen Personalkosten aus den diagnosebezogenen Fallpauschalen und deren ausreichende Finanzierung in einem eigenständigen Budget. Die ärztliche Personalbemessung muss sich dabei an dem tatsächlichen Aufwand der ärztlichen Tätigkeit bemessen, forderte die 140. Hauptversammlung heute in Berlin.

Personalengpässe im stationären Bereich würden sich nicht auf die Pflege beschränken. Gerade im ärztlichen Bereich sei die Arbeitsbelastung immens gestiegen. Unzureichende Personalausstattung, kaum Zeit für Gespräche mit den Patienten und fehlende Wertschätzung ärztlicher Arbeit kennzeichneten die Arbeitsbedingungen vieler Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern.

In der Diskussion über die Reform der Krankenhausstrukturen forderten die Delegierten, bei der Krankenhausplanung die notwendige Abstimmung und Zusammenarbeit regional und kommunal und nicht nach den Trägerstrukturen auszurichten. „Trägerinteressen müssen hinter regionalen Versorgungsinteressen zurückstehen. Nur dann ist eine sinnvolle Gestaltung der Gesundheitsversorgung einer Region möglich. Der Marburger Bund fordert die Bundesländer auf, dies zur Voraussetzung der Genehmigungsverfahren zu machen. Hinderliche Bundesregelungen müssen hierbei beseitigt werden“, heißt es in dem Beschluss des größten deutschen Ärzteverbandes.

Der Marburger Bund bekräftigte auf der Hauptversammlung auch seine Forderung, die Leitung von Gesundheitsämtern bzw. von entsprechenden Hauptabteilungen Gesundheit der Kommunalverwaltungen ausschließlich weisungsunabhängig tätigen, approbierten Fachärztinnen und -ärzten zu übertragen, in erster Linie solchen für das Öffentliche Gesundheitswesen. Die Delegierten lehnten die Leitung von Gesundheitsämtern und anderer

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Institutionen des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch nicht-ärztliches Personal ab. Fachärztinnen und Fachärzte für Öffentliches Gesundheitswesen seien sowohl die medizinischen Experten als auch die Management-Experten für die Gesundheitslagen, die auftreten könnten.

Berlin, 5. November 2022

Bürokratieabbau jetzt! – Ärzte fordern umgehende Entlastung

Halbierung des täglichen Bürokratieaufwands entspräche zusätzlicher Arbeitskraft von 32.000 vollzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzte

Der Marburger Bund fordert den Gesetzgeber im Bund und in den Ländern auf, umgehend Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Gesundheitswesen auf den Weg zu bringen. „Ärztinnen und Ärzte erwarten von der Politik eine schnelle und pragmatische Entlastung im Alltag, damit sie ihrer eigentlichen Arbeit mit den Patientinnen und Patienten nachgehen können“, heißt es in einem Beschluss der 140. Hauptversammlung in Berlin.

Nach der diesjährigen Mitgliederbefragung des Marburger Bundes MB-Monitor 2022 verbringen Krankenhausärztinnen und -ärzte im Mittel drei Stunden pro Tag mit Verwaltungstätigkeiten, die über rein ärztliche Aufgaben hinausgehen. Allein die Halbierung dieses Bürokratieaufwandes würde dazu führen, dass die Arbeitskraft von rund 32.000 vollzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten im Krankenhaus mehr zur Verfügung stünde. Auch im ambulanten Bereich und natürlich in der Pflege ließen sich durch Abbau von administrativen Tätigkeiten und Dokumentation große Zeitkontingente für die Versorgung generieren.

„Die Zahl der Gesetze und die damit im Zusammenhang stehenden Regulierungsvorschriften nehmen seit Jahren weiter zu, ebenso wie die Kontrollbürokratie für die Abrechnungen mit den Krankenkassen. Ein großer Teil der Regelungen verursacht Mehrfachdokumentationen oder dient nicht der medizinisch sinnvollen Dokumentation. So gibt ein Drittel der Ärztinnen und Ärzte an, dass Mehrfacheingaben identischer Daten bei ihnen häufig vorkommen. Der geringe Grad an Digitalisierung führt zu einem zusätzlichen bürokratischen Aufwand, weil viele Prozesse händisch bzw. in Papierform abgewickelt werden müssen“, kritisierten die Delegierten.

Die 1. Vorsitzende des Marburger Bundes, Dr. Susanne Johna, appellierte an Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach: „Was immer für Konzepte aus der Regierungskommission zur Krankenhausreform noch vorgestellt werden

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



– Bürokratieabbau muss in jedem Fall dazu gehören. Er kostet kein Geld, setzt aber sofort pflegerische und ärztliche Arbeitszeit frei.“ Der Marburger Bund biete seine Mitarbeit an und könne konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreiten. „Wir Ärztinnen und Ärzten und auch die Pflegenden wissen, wo der Schuh drückt und was zu tun ist, um endlich wieder mehr Zeit für die Versorgung zu gewinnen. Der Fachkräftemangel verbietet eine weitere Verschwendung ärztlicher Arbeitszeit“, sagte Johna.

Berlin, 3. November 2022

Bund und Länder müssen bei Krankenhausreform an einem Strang ziehen

Marburger Bund fordert neues System der Finanzierung und mehr Investitionen der Länder

Der Marburger Bund begrüßt die Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach, das bisherige Fallpauschalensystem zur Vergütung von Krankenhausleistungen überwinden zu wollen. „Wir brauchen ein neues System auf der Basis einer Finanzierung von Vorhaltekosten. Alles beim Alten zu lassen, ist keine Option“, sagte Dr. Susanne Johna, 1. Vorsitzende des Marburger Bundes, vor der morgen beginnenden 140. Hauptversammlung des größten deutschen Ärzteverbandes.

„Das pauschalierte Abrechnungssystem hat zu viele Fehlanreize. Die bisherigen Bemühungen mit einzelnen Korrekturen haben das System immer komplexer gemacht, aber nicht besser. Es zwingt Krankenhäuser zum Aufbau von Spezialabteilungen, obwohl diese in der Region bereits vorhanden sind. Diese Fehlanreize und Risiken des DRG-Vergütungssystems, insbesondere die betriebswirtschaftlichen Anreize zur weiteren Leistungsverdichtung auf Kosten des Krankenhauspersonals, tragen maßgeblich zu Personalengpässen bei. Das System der Fallpauschalen ist nicht nur für die stationäre Kinderheilkunde und Geburtshilfe ungeeignet – es hat komplett ausgedient“, bekräftigte Johna.

In einem neuen System müssten zukünftig die Vorhaltekosten entsprechend der Versorgungsstufe eines Krankenhauses als leistungsunabhängige Pauschale von den Krankenkassen finanziert werden. Dadurch würden Krankenhäuser nicht nur Planungssicherheit erhalten, sondern auch Anreize, „damit nicht alle Krankenhäuser das tun, was manche besser können“. Gleichzeitig müssten die Strukturen der Krankenhausversorgung stärker auf Kooperation, Vernetzung und Bedarfsgerechtigkeit ausgerichtet werden. „Wir brauchen eine Krankenhausreform aus einem Guss. Dazu gehört unabdingbar, dass die Länder endlich wieder ihren Verpflichtungen bei der Planung und Investitionskostenfinanzierung im vollen Umfang nachkommen. Wenn es keine bedarfsgerechte Planung gibt und die Länder weiterhin nur etwa die Hälfte der notwendigen Investitionen tragen, wird jede Reform scheitern. Dann kommen wir vom Regen in die Traufe“, erklärte die MB-Bundeschäftsvorsitzende.

MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 40
Fax: 030 746846 45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)
Tel.: 030 746846 41
freese@marburger-bund.de



Das jüngste Eckpunktepapier der Gesundheitsministerkonferenz der Länder sei in dieser Hinsicht enttäuschend und lasse das notwendige Problembewusstsein vermissen. „Die Länder müssen sich endlich ihrer Verantwortung für die Krankenhäuser stellen. Die unzureichende Bereitstellung von Investitionsmitteln, beispielsweise auch für die energetische Sanierung, wirkt sich unmittelbar auf die Versorgung aus, weil Krankenhäuser notwendige Investitionen in die bauliche Infrastruktur teilweise aus den Betriebsmitteln abzweigen, die aus den Fallpauschalen stammen. Das geht schon viel zu lange so und muss jetzt endlich im Zuge der Reform gelöst werden. Wir erwarten deshalb auch, dass Bund und Länder bei der anstehenden Krankenhausreform an einem Strang ziehen“, betonte Johna.